

Report 8

Die Kommunen und die Europäische Union

Ein Verhältnis, bei dem man sich nicht so gut kennt

von Hildegard Klär, Kreisvorsitzende

April 2021

EuropaUnion Hochtaunus e.V.

Kreisvorstand

hochtaunus.europa-union.de

hochtaunus@eu-hessen.de



**EuropaUnion
Hochtaunus**



Die Kommunen und die Europäische Union – ein Verhältnis, bei dem man sich nicht so gut kennt

Die unterste Ebene beim Aufbau des politischen Systems in ganz Europa bilden die Kommunen. Sie sind das Herzstück der Demokratie. Seit Beginn des Prozesses der europäischen Einigung nach dem 2. Weltkrieg wurden Kommunen lange Jahre aus Brüsseler Sicht als nicht so wichtig wahrgenommen. Aber je mehr sich eine gemeinsame europäische Politik entwickelt, desto mehr sind Kommunen viel häufiger direkt von der Gesetzgebung in Brüssel betroffen. Art. 4 des Europäischen Vertrages sagt, dass die EU verpflichtet ist, die Identität der Mitgliedstaaten unter Einschluss der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zu achten. Die EU-Organe (Rat, Parlament, Kommission) müssen außerdem einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den zuständigen Verbänden und der Zivilgesellschaft auf der untersten Ebene führen, was leider zu wenig passiert. Auch das Subsidiaritätsprinzip spielt eine große Rolle. Das bedeutet, dass über die Kompetenzen der Kommunen nicht einfach von Brüssel aus hinweg regiert werden darf. Fakt ist, dass etwa zwei Drittel der europäischen Gesetzgebung vor Ort in den Städten und Gemeinden umgesetzt werden muss – und die kommunale Betroffenheit nimmt weiter zu.



Der Main Tower in Frankfurt, Heimatstadt des Europa-Büros Region Frankfurt.

Hier nur einige Beispiele, die uns in unseren Kommunen europäisch „berühren“: Wir brauchen nur zu Hause den Wasserhahn für sauberes Trinkwasser aufzudrehen oder draußen über die Straße zu gehen, möglichst wenig umgeben von Feinstaub und Abgasen. Die EU-Grenzwerte helfen unserer Gesundheit, damit wir keinen Schaden nehmen. Auch wenn wir im Sommer in Seen oder Flüssen baden, können wir uns auf die EU verlassen, weil Städte und Gemeinden verpflichtet sind, deren Grenzwerte einzuhalten.

Über manche Maßnahmen sind die Kommunen allerdings nicht so glücklich, z. B. dass sie sich an die EU-Vorschriften bei der Vergabe von Aufträgen für Infrastrukturvorhaben halten müssen. Beim Bauplanungsrecht müssen Städte und Gemeinden die EU-Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung beachten. Auch die EU-Abfall-Politik muss vor Ort umgesetzt werden. Kommunale Wirtschaftsförderung hat sich an „Beihilfe“-Regeln zu halten, denn Subventionen sind in der EU-Marktordnung nicht erlaubt. Aber jede Kommune, die findig genug ist, kann die Fördermöglichkeiten aus EU-Töpfen in Anspruch nehmen. Da wird gerade in der Post-Corona-Zeit reichlich Geld aus Brüssel zur Verfügung stehen und die Kommunen sollten aufpassen, dass sie nicht leer ausgehen.

Auskunft und Beratung zu EU-Fördermitteln gibt es für große und kleine Städte, aber auch für Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet im

Europabüro der Metropolregion Rhein-Main-Frankfurt:

E-Mail: europa@region-frankfurt.de

Website: www.europabuero-frm.de

Geschäftsstelle:

Poststraße 16 (Nähe Frankfurt Hauptbahnhof)

60329 Frankfurt am Main

Telefon: 069 / 2577 1538